

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d

## Inhalt

35. Jahrgang / 4

7. Januar 1980

Heinz-Oskar Vetter MdEP  
setzt sich für eine Ver-  
kürzung der Arbeitszeit  
im EG-Rahmen ein: Bessere  
Verteilung der Arbeit.  
Seite 1/2

Bessere Verteilung der Arbeit

Arbeitszeitverkürzung muß zentrales Mittel der EG-Politik  
gegen die wirtschaftliche Krise werden

Von Heinz-Oskar Vetter MdEP  
Mitglied des Rechtsausschusses des Europäischen Parlaments

Rudolf Schieler MdEP kri-  
tisiert das Verhalten  
Frankreichs in der Frage  
der Rhein-Reinhaltung:  
Unverantwortlich und  
skandalös.  
Seite 3/4

Das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bun-  
desanstalt für Arbeit in Nürnberg hat unlängst eine Analyse  
veröffentlicht, die sich mit vielen anderen Forschungsergeb-  
nissen deckt.

Hans-Jürgen Augstein MdB  
untersucht das Verhältnis  
zwischen den Bürgern bei-  
der deutscher Staaten nach  
der DDR-Amnestie: Deutsch-  
deutsche Verkrampfungen.  
Seite 5

In dieser Untersuchung wird festgestellt, daß die Verkürzung  
der Arbeitszeit von 1973 bis 1979 in der Bundesrepublik  
Deutschland für rund 800.000 Menschen Beschäftigungsmöglich-  
keiten erhalten hat. Ohne Arbeitszeitverkürzungen, so stellt  
die Studie weiter fest, wäre die Zahl der registrierten  
Arbeitslosen um mehr als eine halbe Million Menschen größer  
gewesen, als sie es tatsächlich ist.

In den vergangenen 20 Jahren ist bei uns, und dies durch  
tarifvertragliche Vereinbarungen, die Jahresarbeitszeit um  
20 Prozent zurückgegangen. Die 40-Stunden-Woche ist im Durch-  
schnitt aller Beschäftigten effektiv längst unterschritten.  
Die Marke von 40 Stunden stellt keinesfalls eine Schwelle  
dar, die aus betriebswirtschaftlichen oder anderen Gründen  
unüberwindbar wäre.

Für uns ist es mehr als fraglich, ob in absehbarer Zukunft  
allein über eine Nachfrageexpansion die Vollbeschäftigung  
wieder hergestellt werden kann. Bei Fortsetzung der bisheri-  
gen Wirtschaftspolitik mit der Geldwertstabilität als ober-  
stem Ziel ist mit einem weiteren Rückgang der Beschäftigung

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0 22 21) 8 12-1



fest zu rechnen; das sagen die Prognosen aller Seiten. Also bleibt, und das ist die Politik der Gewerkschaften in allen unseren Ländern, die Arbeitszeitverkürzung ein zentrales Mittel zum Abbau der Arbeitslosigkeit.

Die von mir zitierte Untersuchung stellt dazu fest, daß eine Forcierung der Arbeitszeitverkürzung hauptsächlich im Bereich von Teilzeitarbeit, Wochenarbeitszeit, Überstunden und Urlaub für den Bereich der Bundesrepublik bis zum Jahre 1985 die Zahl der Erwerbstätigen bei gleichem Arbeitsvolumen um rund 2,1 Millionen Personen vergrößern würde.

Die Forderungen des Europäischen Gewerkschaftsbundes, nämlich innerhalb der nächsten vier bis fünf Jahre eine zehnpromtente Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen, finden hier eine eindrucksvolle Bestätigung.

Der Rat der Arbeits- und Sozialminister der Europäischen Gemeinschaft hat in seiner Tagung am 22. November 1979 de facto die von der Kommission vorgeschlagene Einleitung einer Politik der abgestimmten Arbeitszeitverkürzung in der Gemeinschaft unter Beteiligung der sozialen Parteien abgelehnt. Auch der von der Kommission vorgelegte Jahreswirtschaftsbericht unterschreitet in seiner Bewertung - was die Auswirkungen der Arbeitszeitverkürzung auf die Beschäftigung angeht - deutlich das, was von der gleichen Kommission dem Rat der Arbeits- und Sozialminister vorgelegt wurde.

Mit Entschiedenheit und kompromißlos stelle ich fest, daß eine solche Politik der konjunkturellen Überlebenstrainings von uns als untauglich, kurzsichtig und unverantwortlich abgelehnt werden muß. Es ist bedauerlich und folgenschwer, daß sich der Europäische Rat und auch teilweise die Kommission den Auffassungen der Europäischen Arbeitgebervereinigungen anschließen, die die Arbeitszeitverkürzung fürchten wie der Teufel das Weihwasser.

Die schrittweise Einführung der 35-Stunden-Woche, die Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch die Herabsetzung der Altersgrenze und die Verlängerung sowie Verbesserung der schulischen Bildung, die Verlängerung des Jahresurlaubs und der Abbau von Überstunden - das alles sind konkrete und unverzichtbare Beiträge für eine bessere Verteilung der Arbeit. Die Gremien der EG, Parlament, Rat und Kommission, wären gut beraten, wenn sie in ihren Beschlüssen und Empfehlungen das Thema der Arbeitszeitverkürzung zu einem zentralen Mittel der gemeinschaftlichen Politik zur Bekämpfung der Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise machten.

(-/7.1.1979/ks/ca)

+ + +



**Der Rhein - die größte Kloake Europas?**

-----  
Frankreichs Verhalten ist unverantwortlich und skandalös

Von Dr. Rudolf Schieler

Mitglied des Europäischen Parlaments

Das Europäische Parlament hat in seiner jüngsten Sitzungsperiode nicht nur durch die Ablehnung des EG-Haushaltes aufhorchen lassen; vielmehr hat es sich auch mit einem Problem beschäftigt, welches für 20 Millionen Menschen in einem der am dichtesten besiedelten und am stärksten industrialisierten Gebiete Europas von lebenswichtiger Bedeutung ist. Es geht um die Reinhaltung des Rheins.

Es ist der Öffentlichkeit bisher weitgehend verborgen geblieben, daß der Rhein jährlich eine Salzfracht von nicht weniger als zwölf Millionen Tonnen mit sich führt. Hinzu kommen in großer Menge chemische Verunreinigungen zum Beispiel 47 Tonnen Quecksilber, 400 Tonnen Arsen, 130 Tonnen Cadmium, 1.600 Tonnen Blei, 1.500 Tonnen Kupfer, 12.000 Tonnen Zink und 2.600 Tonnen Chrom.

Es verwundert angesichts dieser Zahlen nicht, daß diese Verschmutzung in den letzten Jahren zu einem Sauerstoffdefizit von 60 Prozent im Rhein geführt hat und daß deswegen sich kaum noch Fische in dieser europäischen Lebensader halten können.

Die Rheinanliegerstaaten haben seit vielen Jahren sich um eine Verminderung der Verschmutzung und Versalzung bemüht. Am 3. Dezember 1976 wurden von der Schweiz, Frankreich, Holland und der Bundesrepublik Deutschland das sogenannte Chloridabkommen und das Chemieabkommen unterzeichnet. Während das Chemieabkommen inzwischen auch von den Unterzeichnerstaaten ratifiziert worden ist und zu ersten Erfolgen geführt hat, hat dieser Tage die Weigerung der französischen Regierung, das Chloridabkommen dem französischen Parlament zur Ratifizierung vorzulegen, die europäische Öffentlichkeit überrascht. Dies vor allem auch deswegen, weil andere Unterzeichnerstaaten wie die Bundesrepublik Deutschland und Holland bereits namhafte Beiträge zur Realisierung des Abkommens in Paris hinterlegt haben.

Auf Initiative der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament wurde das Verhalten der französischen Regierung in der Plenarsitzung vom 14. Dezember 1979 diskutiert. Ich habe dabei die Haltung Frankreichs als unverantwortlich und skandalös bezeichnet.



Das Europäische Parlament hat in einer EntschlieÙung deutlich gemacht, daÙ es die Haltung Frankreichs nicht billigt und hat die Kommission sowie den Ministerrat aufgefordert, auf die franzÙsische Regierung einzuwirken, ihren Beitrag zur Heiligung des Abkommens und damit zu einer Verminderung der Versalzung des Rheinwassers zu leisten. Schließlich rÙhrt die Versalzung des Rheins zu etwa 40 Prozent aus den elsassischen Kaliminen her. Eine weitere unverminderte Einleitung des Salzes in den Rhein ist nicht mehr hinnehmbar. Die MaÙnahmen zur Verringerung der Salzfracht dulden keinen Aufschub mehr.

Dabei ist zu berÙcksichtigen, daÙ selbst, wenn das Chloridabkommen realisiert wird, dies nur als ein erster Schritt zur LÙsung der Probleme anzusehen ist, die den Rhein betreffen. Das Chloridabkommen wÙrde nur zu etwa 20 Prozent eine Verminderung der Salzfracht bedeuten. Bereits daraus ergibt sich, daÙ es noch weiterer Vereinbarungen und MaÙnahmen bedarf, um den Rhein fÙr viele Millionen Menschen als Trinkwasserreservoir und fÙr andere wichtige BedÙrfnisse zu erhalten.

Aus diesem Grunde habe ich bereits vor der Weigerung der franzÙsischen Regierung einen EntschlieÙungsantrag im Parlament eingebracht, der gegenwärtig im Ausschuß fÙr Umweltfragen behandelt wird und vorsieht, eine Kommission einzusetzen, die sich mit verschiedenen Problemen der Rheinverschmutzung zu befassen hat. Insbesondere habe ich dabei auch vorgeschlagen, daÙ die Kommission ein Abgabensystem erarbeiten und vorschlagen soll, welches auf dem Verursacherprinzip grÙndet.

Es ist nicht mehr als recht und billig, daÙ diejenigen, die Verschmutzung und chemische Verunreinigung verursachen, auch schwerpunktmäÙig dazu beitragen sollen, die immensen Schäden, die dadurch entstehen, zu beseitigen und fÙr die Zukunft zu verhindern.

(-/4.1.1980/v0-he/ca)



## Deutsch-deutsche Verkrampfungen

Nach dem Abschluß der Amnestie in der DDR

Von Hans-Jürgen Augstein

Mitglied des Bundestages

Wie vorgesehen ist die Amnestie anlässlich des 30. Jahrestages der DDR-Gründung abgeschlossen worden. Anders als in früheren Fällen sind nur sehr wenige bislang inhaftierte und nun amnestierte Bürger der DDR in den Westen entlassen worden. Warum die Regierenden in Ost-Berlin diesmal anders verfahren, ist nicht ohne weiteres zu erklären. Es gibt naheliegende Begründungen. Doch die Entscheidung darüber, welche nun genau oder vor allem zutrifft, kann sicherlich erst zu einem späteren Zeitpunkt fallen.

Zu den wenigen Ausnahmen von der Regel dieser Amnestie gehörten Rudolf Bahro und Niko Hübner. Ihr Erscheinen in der Bundesrepublik und die Art ihrer Aufnahme haben einmal mehr deutlich werden lassen, von welchen Verkrampfungen das deutsch-deutsche Verhältnis weithin geprägt ist.

Die Äußerungen, die Bahro und Hübner bisher getan haben, ließen übrigens auch erkennen, daß das Bild, das sich DDR-Bürger von der Bundesrepublik machen, durchaus nicht der Wirklichkeit entspricht. Auch intensiver Westfernseh-Konsum ist eben nur ein schwacher Ersatz für die Möglichkeit, tatsächlich am Leben teilzunehmen. Daß umgekehrt Bundesbürger die DDR sehr viel schlechter kennen, daß sie mit Vorurteilen und Fehlurteilen behaftet sind, hat erst vor wenigen Monaten das beklagenswerte Ergebnis einer demoskopischen Untersuchung gezeigt.

Darüber hat sich kürzlich auch das "Neue Deutschland" in einer Reportage über Ost-Berliner Stadtrundfahrten westlicher Besucher belustigt und kritisch geäußert. Die Schilderung dürfte manche grobe Übertreibung enthalten haben. Doch viele Beobachtungen deckten wohl Richtiges auf. Der Horror vieler Bundesbürger vor Reisen in den anderen deutschen Staat ist groß und verbreitet, so unbegründet er ist. Die Stadtrundfahrt als "Teisterbahn in das kommunistische Gruselkabinett" - so "Neues Deutschland" - zu charakterisieren, war für dieses langweilig-sprüche Blatt eine durchaus griffige Formulierung.

Diese Reportage war entgegen sonstigen Erfahrungen nicht von Minderwertigkeitskomplexen gekennzeichnet, die leider allzu oft zu krampfhaften Verrenkungen im deutsch-deutschen Verhältnis führen. Um auf Bahro und Hübner zurückzukommen - an ihnen erwies sich exemplarisch die Kluft zwischen dem mitunter pathetischen Bekenntnis zur deutschen Gemeinsamkeit und dem realen politischen Bewußtsein. Weil Bahro auch hier Kritisches sagte, stufte ihn der in nationalen Dingen sonst so stramme Wilfried Hasselmann als Asylanten ein und hätte ihn am liebsten nach bayerischem Muster zurückgeschickt. Plötzlich war die eine deutsche Staatsangehörigkeit vergessen. Und Niko Hübner, der Wehrdienstverweigerer, wurde exakt von jenen Unionspolitikern am euphorischsten gefeiert, die starrsinnig darauf bestehen, daß bei Verweigerern in unserem Staat öffentlich auch die letzte Ecke des Gewissens ausgeleuchtet wird.

Ist es da ein Wunder, daß - wie Wolfgang Mommsen und Andreas Hillgruber kürzlich in einem Aufsatz darlegten - sich das Nationalbewußtsein der Bundesbürger immer mehr auf die Bundesrepublik verengt? Wohl kaum, dieser Prozeß ist überall zu beobachten. Ihn zu stoppen, ja umzukehren, wäre gemeinsame Aufgabe aller politischen Kräfte. Hurra-Patriotismus wäre das falsche Rezept. Der einzige Weg ist der der Normalisierung, auf dem sich Deutsche und Deutsche begegnen können.

(-/7.1.1980/vo-ho/ca)

Verantwortlich: Willi Carl

